

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 20.02.2006 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici (bis 18.55 Uhr, Ziffer 2)  
2. Bürgermeisterin Gold  
Stadtrat Heisel  
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene  
Stadtrat Jeschke (bis 18.50 Uhr, Ziffer 2)  
Stadtrat Dr. Kröckel (ab 17.17 Uhr, Ziffer 1)  
Stadträtin Sagol

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm  
Stadtrat Lux  
Stadträtin Schwab (ab 17.20 Uhr, Ziffer 1)  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Straßberger  
Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Ley (ab 18.03 Uhr, Ziffer 2)  
Stadtrat Lorenz (ab 17.08 Uhr, Ziffer 1)  
Stadtrat May (ohne Ziffer 2, Buchstabe G, m; Beschluss)  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad  
Stadtrat Popp (bis 19.45 Uhr, Ziffer 2)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt (bis 20.00 Uhr, Ziffer 2)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner  
Amtsrätin Erdel  
Stadtbrandinspektor Scherer  
Dipl. – Ing. Rützel  
Dipl. – Ing. Richter

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Mahlmeister  
Stadtrat Rank  
Stadtrat Schardt  
Stadtrat Müller  
Stadtrat Haag

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor den Beratungen des Haushaltes 2006 und der Finanzplanung bis zum Jahre 2009 erläutert Oberbürgermeister Moser, dass sich die Stadt Kitzingen in 2006 in einem Übergangsjahr befinde. Nach mehr als 90-jähriger Militärstandortsepoche werden die US-Streifkräfte zum Ende des Jahres 2006 die Stadt Kitzingen verlassen. Somit werden ca. 10 % der städtischen Fläche frei. Die eigentlichen Zahlen jedoch wie beispielsweise Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Wirtschaftskraft oder die Finanzen seien nicht greifbar. Hinzu komme der Gewerbesteureinbruch im Jahre 2004, von dem man sich einigermaßen wieder erholen konnte. Aufgrund dieser Herausforderungen dürfe das Sparen nicht als einziges Mittel genommen werden. Um im Wettbewerb mit vergleichbaren Standorten bestehen zu können, bedarf es der positiven Nutzung bestimmter Faktoren. Trotzdem bleibe die Haushaltskonsolidierung eine der Hauptaufgaben. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass im Jahr 2006 zwanzig weitere Bereiche budgetiert werden konnten und man so der Verwaltungsmodernisierung Rechnung tragen konnte. Abschließend weist er auf die Vielzahl der Investitionen (Nordtangente, Museum, Baugebiete) hin, die gegenüber dem Vorjahr noch gesteigert werden konnten und, die im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Situation auf Seiten einer Kommune dringend notwendig seien.

#### 1. Beratung der Haushalte 2006 der Stadt und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2005 – 2009)

Zunächst geht Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf die Abwicklung des Haushaltsjahres 2005 ein. Im Vermögenshaushalt werde die Mindestzuführung entgegen den ursprünglichen Befürchtungen bis auf rund 0,5 Mio. € erreicht. Im Vermögenshaushalt hatte der Ausfall der Nordtangente sowie die Verzögerung der Baugebiete eine Reduzierung der geplanten Kreditaufnahmen sowie der Rücklagenentnahmen zur Folge. Als nächstes geht er ausführlich auf das Volumen der Finanzplanung bis zum Jahre 2009 sowie auf das Volumen des Haushaltes 2006 ein. Im Jahr 2006 könne die Mindestzuführung von 1,90 Mio. € erreicht werden sowie erfreulicherweise eine freie Finanzspanne von rund 3,5 Mio. €. Dieses Ergebnis komme jedoch nur aufgrund des schlechten Haushaltsjahres 2004 und den damit verbundenen erheblichen Schlüsselzuweisungen bzw. geringer Kreisumlage zustande.

Er erläutert die Eckdaten des Verwaltungshaushaltes (Gewerbsteuer, Zuführung) sowie das Volumen des Vermögenshaushaltes, wobei er auf die wichtigsten Maßnahmen kurz eingeht. Als nächstes berichtet Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer über den Stand der Schulden, die sich bis 2009 verringern werden; vorausgesetzt werde die Vermarktung der Baugrundstücke. Zudem geht er auf den Stand der Rücklagen ein. Als Fazit für das Jahr 2006 führt er aus, dass sich die Situation leicht verbessert habe, jedoch nur aufgrund der sinkenden Umlagen und höher Schlüsselzuweisungen. Es bestehe aber ein erhebliches Risiko hinsichtlich der Gewerbesteuer, dem Gewinn der Stadtbetriebe bzw. der Vermarktung der Baugebiete.

Weiter geht er auf das Haushaltjahr 2007 sowie der Finanzplanung bis 2009 ein. Abschließend stellt er fest, dass die Finanzlage der Stadt Kitzingen noch geordnet, der gesetzliche Haushaltsausgleich noch gegeben und die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2009 in der mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen sei. Unabdingbar notwendig sei jedoch die zeitnahe Vermarktung der Grundstücke sowie eine möglichst nahtlose Folgenutzung nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte.

Der ausführliche Bericht von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer liegt dieser Niederschrift als wesentlicher Bestandteil bei.

## 2. Beratung des Investitionsprogramm 2006 mit Finanzplanung 2005 – 2009

### A. Einzelplan 0

#### a) 0600.9350 – Beseitigung der von der Fachkraft für Arbeit festgestellten Mängel

Die KIK-Stadtratsgruppe fragt nach, welche Mängel bereits erledigt seien und welche Maßnahmen noch ausstünden.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Mängelliste, worauf Stadtrat Popp nochmals nachfragt, ob diese im Jahr 2006 abgeschlossen sei und daher in 2007 weniger veranschlagt werden könne.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Mängelliste noch nicht komplett abgearbeitet sei und immer wieder Ersatzbeschaffungen notwendig werden. Seiner Auffassung nach könne für die Jahre 2007 bis 2009 der Ansatz von 10.000,00 auf 5.000,00 reduziert werden.

Hiermit besteht einstimmig Einverständnis.

#### b) 0600.9351 – Feuersichere Schränke für die Personalakten

Die FBW, UsW und KIK möchten geklärt wissen, weshalb feuersichere Schränke für die Personalakten benötigt werden, ob diese dringend notwendig seien und ob es sich hierbei um eine Ersatzbeschaffung handle.

Stadtrat Weiglein fragt nach der Notwendigkeit, die Personalakten der Aktiven und Passiven vor Ort im Personalamt aufzubewahren. Seiner Auffassung nach könnten die Akten der ehemaligen Beschäftigten im Archiv gelagert werden.

Amtsrat Hartner erwidert, dass beispielsweise zur Beihilfegewährung die Akten der ehemaligen Beschäftigten benötigt werden. Seiner Einschätzung nach, könnten die nichtbenötigten Akten ausgelagert werden, ob dann noch Bedarf an Schränke wäre, könne er jedoch nicht sagen. Er sagt zu, dies bis zur morgigen Sitzung zu klären.

Stadträtin Wallrapp gibt sich überrascht, dass es feuersichere Schränke sein müssen, worauf Amtsrat Hartner antwortet, dass man beim Standard bereits auf feuerhemmende zurückgegangen sei. Diese Sicherheitsstandards ergeben sich aus der städtischen Schriftgutverordnung.

Amtsrat Hartner wird eine mögliche Auslagerung prüfen. Die Ansätze von 10.000,00 € (2006) und 6.000,00 € (2007) bleiben bis dato unverändert.

#### c) 0600.9352 – Ersatzbeschaffung für Waschmaschine und Schlagbohrmaschine

Die KIK möchte wissen, wofür die Stadtverwaltung eine Waschmaschine benötigt. Zudem möchten sie die Gesamtkosten 1.750,00 € detailliert wissen.

Die Stellungnahme des Hauptamtes wird zur Kenntnis genommen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass sich die Gesamtkosten nicht auf 1.750,00 € sondern nur auf 800,00 € belaufen, wovon 600,00 € für die Waschmaschine und 200,00 € für die Bohrmaschine benötigt werden.

Der Ansatz für 2006 bleibt unverändert.

d) 0600.9357 – Ersatzbeschaffung PKW für die Verwaltung

Von der KIK kommt die Anregung, gasbetriebene Fahrzeuge anzuschaffen. Zudem wird nachgefragt, ob der städtische Fuhrpark auf Gasbetrieb umgerüstet werden könne.

Der Oberbürgermeister führt aus, die Beschaffung eines Gasbetriebenen PKW sei im Jahr 2006 beabsichtigt. Zudem werde von der Verwaltung beim jeweiligen Erwerb geprüft, ob ein gasbetriebenes Fahrzeug zweckdienlich sei. Gemäß der Stellungnahme des städt. Bauhofs werde ebenfalls geprüft, inwieweit die Umstellung vorhandener Fahrzeuge möglich und wirtschaftlich sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bei o. g. Haushaltstelle bleiben unverändert.

e) 0600.9631 – Bürobeleuchtung Verwaltungsgebäude (Stadtbauamt)

Die KIK fragt nach, ob die Erneuerung im Zusammenhang mit dem Energiesparprogramm geschehe.

Die CSU möchte die Notwendigkeit nachgewiesen haben

Dipl. – Ing. Rützel erklärt, dass die Leuchten im Obergeschoss und Dachgeschoss des Stadtbauamtes erneuert werden, da zum Teil die Beleuchtung nicht den Richtlinien für Bildschirmarbeitsplätze entspreche. Er erklärt, dass hiermit außerdem ca. 30 % der Energiekosten eingespart werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

f) 0601.9352 – EDV – Installationskosten, Außenstellenanbindung

Die KIK-Stadtratsgruppe fragt nach, welche Außenstellen in das EDV-Netz eingebunden werden.

Die Stellungnahme der EDV-Abteilung, dass die Stadtbücherei, die Volkshochschule, die Musikschule sowie der Bauhof angebunden werde, wird zur Kenntnis genommen.

Die Ansätze bleiben unverändert.

g) 0231.9350 – Telearbeitsplatz Frau Schmöger

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass sich der Ansatz hinsichtlich der Einrichtung des Telearbeitsplatzes von Frau Schmöger von 700,00 € auf 1.450,00 € erhöht habe (zusätzliches Notebook). Gleichzeitig erhöht sich aus dem gleichen Grunde der Ansatz bei der Hst. 1101.9350 ebenfalls von 700,00 € auf 1.450,00 €.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert

B. Einzelplan 1a) 1300.9320 – Grunderwerb für FFW-Repperndorf

Die UsW fragt nach, ob die Abstimmung mit dem Zuschussgeber bereits erfolgte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass nach telefonischer Auskunft der Regierung von Unterfranken der Erwerb über Erbbaurecht nicht zuschusschädlich sei, vorausgesetzt alle anderen Normen und Vorgaben werden eingehalten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

b) 1300.9357 – Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen (LF 24/50)

Die CSU bittet um die Anpassung der Ausgabe und der Zuschüsse

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert, dass aufgrund der Reduzierung der Gesamtkosten auf 280.000,00 € lediglich dieser Betrag als Haushaltsausgaberest in das Jahr 2006 übertragen werde. Aus diesem Grund reduzieren sich im Jahr 2006 der Zuschuss des Landkreises (Hst. 1300.3620) um 12.000,00 € sowie der Zuschuss des Regierung v. Unterfranken (Hst. 1300.3610) um 16.000,00 €, was jeweils in der Änderungsliste 1 berücksichtigt wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

c) 1300.9452 – Neubau des Feuerwehrgerätehauses Repperndorf

Stadtrat Schmidt erläutert kurz den Antrag der UsW-Fraktion, den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Repperndorf vorzuziehen. Aufgrund der finanziellen Lage hinsichtlich der Konjunktur, der Mehrwertsteuer sowie der Zuschüsse hält er es für sinnvoll. Zudem könne man gegenüber der Repperndorfer Feuerwehr mit der Vorziehung der Maßnahme ein positives Zeichen setzen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt zu Bedenken, dass die finanzielle Lage (Konjunktur, Mehrwertsteuer, Zuschüsse) auch bei jeder anderen Baumaßnahme als Argument genommen werden könne, um ein Vorhaben vorzuziehen. Seiner Meinung nach sei der Beschluss aus dem Jahre 2005 ein guter Kompromiss gegenüber der Repperndorfer Wehr gewesen und die zeitliche Einplanung auch entsprechend abgesprochen.

Nach kurzer Diskussion auch in Zusammenhang mit der Dorferneuerung Repperndorf stellt Berufsmäßiger Stadtrat Groß fest, dass für den Bau im Jahr 2006 keine Mittel zur Verfügung stünden und im Jahr 2007 nochmals über ein Vorziehen diskutiert werden könne. Zudem weist er darauf hin, dass mit den Planungen bereits im Jahr 2006 begonnen werde.

Stadtrat Heisel fragt nach, inwieweit die Möglichkeit bestehe, durch die Verschiebung der Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges ins Jahr 2008, den Neubau des Feuerwehrgerätehauses ins Jahr 2007 vorzuziehen.

Stadtbrandinspektor Scherer gibt zu Bedenken, dass der zu ersetzende Versorgungs-LKW 30 Jahre alt sei und es bereits Probleme mit den Ersatzteilen gebe. Daher halte er es für wenig sinnvoll, die Beschaffung zu verschieben.

### **Ohne Abstimmung**

Es besteht Einverständnis, die Mittel wie bisher zu belassen (2008: 200.000,00 €, 2009: 135.000,00 €). Über ein mögliches Vorziehen kann bei den Haushaltsberatungen 2007 nochmals diskutiert werden.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 1 bleiben unverändert

### C. Einzelplan 2

#### a) 2112.9356 – Schulausstattung (Pauschale) Einrichtung zusätzlicher Klassen in 2005/2006/2007

Die KIK möchte wissen, wofür die höhere Schulausstattungs pauschale des Jahres 2006 für die Grundschule Siedlung konkret bedingt sei.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass die Erhöhung hauptsächlich mit der Sprengeländerung und der Umnutzung von Räumen zu tun habe, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Ansätze bleiben unverändert.

#### b) 2121.9351 – Schulausstattung für drei Klassen (Ersatz) im Jahr 2006

Die UsW fragt nach, ob der Ersatz der Schulmöbel erst nach der Sanierung sinnvoll sei und, ob die Schulausstattungen aller Schulen innerhalb eines Haushaltsjahres zusammengefasst beschafft werden um günstigere Preise zu erzielen.

Die Stellungnahme der Schulverwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

#### c) 2121.9451 – Sanierung der D. Paul-Eber-Schule

Stadträtin Wallrapp bittet die Maßnahme vorzuziehen und schneller anzugehen. Zudem bittet sie Wege zu finden, um die Klassen auszulagern.

Stadtrat Weiglein ist aufgrund der Unterrichtsstörungen (Lärm, Staub) der Auffassung, die Schule in Einem zu sanieren und die Klassen auszulagern. Zudem bittet er mit dem Bund zu verhandeln, inwieweit die Schulen in Marshall-Heights dafür als Ausweichquartier genutzt werden könnten. Die Kosten der Auslagerung bzw. Beförderung könnten sich durch einen strafferen Bauverlauf ausgleichen.

Dipl. – Ing. Rützel würde es für den Sanierungsverlauf begrüßen, wenn möglichst die Klassen ausgelagert werden können.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, die Problematik hinsichtlich der Auslagerung mit der BIMA abzuklären. Er weist jedoch auf den nötigen zeitlichen Vorlauf für Planung und Zuschussverfahren hin.

Stadtrat Heisel hält es ebenfalls für sinnvoll, die Sanierung an einem Stück zu vollziehen. Diese sollte aber aufgrund des kritischen Haushaltsjahres 2007 erst in 2008 geschehen.

#### **Ohne Abstimmung**

Es besteht Einverständnis, die bisher eingestellten Mittel zu belassen und die evtl. Auslagerung der Schüler mit der BIMA abzuklären.

#### d) 2122.9351 – Hauptschule Siedlung. Möbel für die Essenseinheit (Ganztagsklassen)

Die FBW-Fraktion bittet um Klärung, ob die Möglichkeit der Mitverpflegung durch die Erich-Kästner-Schule bestehe, da hierdurch die Küche samt Nebenräume wegfallen könnte. Zudem bittet sie um Prüfung, die Essenszubereitung zu privatisieren.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist hinsichtlich der in 2006 eingestellten Beträge bei der Hst. 2122.9351 (33.000,00 €) sowie bei der Hst. 2122.9452 (490.000,00 €) darauf hin, dass nicht bekannt sei, ob die große oder die kleine Lösung gefördert

werde. Im die maximale Handlungsfähigkeit zu garantieren, seien im Haushalt die Beträge für die große Lösung eingestellt, mit einem Höchst-Zuschuss von 65 %. Laut Beschlusslage seien somit zur Zeit 183.000,00 € Eigenmittel vorhanden, um die große Maßnahme in der Hauptschule umzusetzen. Hinsichtlich des Brandschutzes weist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer darauf hin, dass für beide Lösungen 60.000,00 € eingestellt werden müssten, was auch bereits bei der Hst. 2122.9450 gemäß 1. Änderungsliste geschehen sei.

Oberbürgermeister Moser sagt hinsichtlich der Frage zur Mitverpflegung zu, dies bezüglich der St. Martin-Schule nachzufragen.

Es bleibt bei den bisherigen Ansätzen

e) 2122.9452 – Hauptschule Siedlung, Speisesaal und Nebenräume

Die UsW-Fraktion fragt nach, ob die Förderhöhe der Ganztagsklassen zwischenzeitlich bekannt sei. Zudem bittet sie um Klärung, ob beim Ansatz der Brandschutz enthalten sei.

Hinsichtlich der Umsetzung fragt die KIK nach, ob im Jahr 2006 lediglich die Planung erfolge.

Oberbürgermeister Moser weist unter Bezug auf die Ausführungen des Berufsmäßigen Stadtrates Rodamer (s. o. unter d) darauf hin, dass die Förderhöhe noch nicht bekannt sei und die Ansätze auf Schätzungen beruhen.

Hinsichtlich der zeitlichen Abwicklung, wird die Stellungnahme der Kämmerei, dass nach der Aufnahme der Stadt Kitzingen in das Programm der Ganztagsklassen, die Maßnahme in 2006 begonnen und durchgeführt werden könne zustimmend zur Kenntnis genommen. Ansonsten sei ein Haushaltsausgaberest zu bilden..

f) 2140.9451 – Sanierung der Sporthalle Deusterpark

Die SPD fordert, die Sanierung der Sporthalle parallel zur Sanierung der D. Paul-Eber-Schule durchzuführen.

Stadträtin Wallrapp sieht einen dringenden Sanierungsbedarf bei der Brücke sowie bei den Stirnseiten der Sporthalle (Verletzungsgefahr).

Die Dringlichkeit der Sanierung stehe in der Verwaltung außer Zweifel. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist jedoch darauf hin, dass erst im Jahre 2006 die Planungen vollzogen werden müssen. Wenn bei den Haushaltsberatungen 2007 die Kosten dann bekannt seien, könne der Merkposten im Finanzplanungsrest in der dann bekannten Höhe in das Jahr 2007 oder 2008 vorgezogen werden.

Dipl. – Ing. Rützel sagt hinsichtlich der Verletzungsgefahr in der Sporthalle einer Prüfung zu und weist darauf hin, dass diese Sicherheitsaufwendungen im Verwaltungshaushalt zu verausgaben seien. Bezüglich der Brücke erwidert er, dass diese keinen zweiten Fluchtweg darstelle und daher eine Sanierung nicht dringend erforderlich sei.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

g) 2140.9550 – Oberfläche Schulsportplatz Deusterpark

Die KIK beantragte für die Sanierung des Schulsportplatzes Deusterpark eine Kostenermittlung, worauf Stadtrat Popp fest stellt, dass die ermittelten und im Verwaltungshaushalt bereitgestellten Kosten in Höhe von 3.700,00 € äußerst gering seien und nach fragt, ob es sich lediglich um Ausbesserungsarbeiten handle.

Dipl. – Ing. Richter bejaht dies.

Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Mittel von 3.700,00 € gemäß 1. Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt bei der Hst. 2140.5161 eingestellt wurden.

h) 2431.9352 – Friedrich-Bernbeck-Schule, Einrichtung Lehrbüro

Die UsW-Fraktion möchte überprüft wissen, ob die Einrichtung des Lehrbüros dringend nötig sei und, was hierbei beschafft werden solle.

Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Einrichtung bei den Haushaltberatungen 2005 in das Jahr 2006 verschoben wurde und die Beschaffung die Erneuerung des Textverarbeitungsraumes I (Hardware und Software) betreffe.

Die Ansätze bleiben unverändert.

i) 2431.9450 – Friedrich-Bernbeck-Schule, Brandschutz

Die FBW-Fraktion bittet hinsichtlich des Brandschutzes in der Friedrich-Bernbeck-Schule Mittel einzustellen.

Die Kosten des Brandschutzes werden entweder anhand grober Schätzungen über die Änderungsliste zum Vermögenshaushalt eingestellt (falls dies zeitlich noch möglich ist) oder im Laufe des Haushaltsjahres 2006 bei Bedarf außerplanmäßig bereitgestellt. Vor Erstellung der Kostenberechnung müsse eine Brandschutznachweis erstellt werden, der vom SV-Bau geprüft werde. Hierzu sei noch die Auftragsvergabe durch den Stadtrat nötig.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert

D. Einzelplan 3

a) 3009.9350 – Alte Synagoge, Beschaffung von Stühlen

Die UsW, die KIK sowie die FBW fragen nach, ob es sich um eine Neubeschaffung handle oder lediglich die Stühle neu bespannt werden. Die KIK fragt zusätzlich, was mit den alten Stühlen geschehe.

Die CSU fragt nach, weshalb der Budgetüberschuss von 2004 zur Beschaffung von Stühlen in das Jahr 2006 übertragen werden konnte.

Auf die Stellungnahme der Volkshochschule hin, dass derzeit die kostengünstigste Lösung geprüft werde, fragt Stadtrat Popp nach, ob zwischenzeitlich eine Entscheidung ergangen sei.

Amtsrat Hartner erwidert, dass er noch keine Antwort erhalten habe und falls Frau Küspert ein Ergebnis vorläge, sie es rechtzeitig mitgeteilt hätte.

Hiervon und von der Stellungnahme zur Übertragung des Überschusses wird zustimmend Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

b) 3200.9358 – Beschaffung von Museumsgut  
3200.9359 – Beschaffung von Museumsgut fürs Frankenstudio

Die KIK möchte erläutert wissen, weshalb für Museum/Frankenstudio zweimal Beschaffung von Museumsgut aufgeführt sei.

Von der Stellungnahme der Verwaltung, dass 2.500,00 € nur für das Museum und 500,00 € nur für das Frankenstudio seien, wird Kenntnis genommen.

Die Ansätze bleiben unverändert.

c) 3200.9450 – Umbau und Sanierung Museum

Die UsW- Fraktion möchte wissen, ob bei den Baukosten von 2.615.000,00 € auch Einrichtungskosten enthalten seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass 38.500,00 € enthalten seien, die gemäß Änderungsliste 1 bei der Hst. 3200.9450 abgezogen und richtigerweise bei der Hst. 3200.9369 eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 3200.9451 – Museum, Mieten/Transportkosten/Umzüge während Umbau

Die UsW-Fraktion bittet um Klärung, inwieweit „1 €-Jobs“ beim Umzug ins Archiv/Museum eingebunden werden könnten.

Die KIK möchte wissen, welche Mehrkosten durch die Verzögerung des Umzuges in 2007 entstünden.

Amtsrat Hartner erklärt, dass er selbst ein Interesse an der Einbindung von „1 €-Jobs“ habe, da die Alternative der städt. Bauhof sei.

Mögliche Mehrkosten durch den späteren Umzug verneint Amtsrat Hartner, da der Mietvertrag ohnehin bis zum 28.02.2007 gehe.

Dies wird zur Kenntnis genommen

e) 3501.9611 – Volkshochschule Sanierung des Muschelbrunnens

Die CSU und die KIK fragen nach dem Umfang und der Dringlichkeit der Sanierung. Die USW fordert die Verschiebung in das Jahr 2008.

Die FBW wünscht weitere Informationen auch hinsichtlich möglicher Zuschussgeber.

Die Stellungnahme des Stadtbauamtes wird zu Kenntnis genommen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Sanierung des Muschelbrunnens (15.000,00 €) gemäß 1. Änderungsliste von 2006 auf 2008 verschoben werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

f) 3521.9350 – Stadtbücherei, Bücherrückgabesystem

Die CSU bittet um eine Erläuterung des Bücherrückgabesystems.

Mit der Stellungnahme der Stadtbücherei hinsichtlich des Bücherrückgabekastens besteht Einverständnis.

Der Ansatz bleibt unverändert.

g) 3601.9328 – Naturschutz, Landschaftspflege, Ökofonds

Die KIK möchte eine Aufstellung der Ablösezahlungen für Ökofonds-Ausgleichsflächen. Ferner möchte Stadtrat Popp deren Verwendung überprüft wissen.

Eine Aufstellung könne hierzu nicht erstellt werden (reine Pauschalansätze). Die Ausgaben (Hst. 3601.9328) werden in gleicher Höhe wie die Einnahmen (Hst. 3601.3590) angesetzt. Sollten Einnahmen eingehen, ohne dass geeignete Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden könnten, erfolge eine Ansammlung in der allgemeinen Rücklage (mit Nebenrechnung).

Dies wird zur Kenntnis genommen.

h) 3651.9450 – Brandschutz Falterturm

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass gemäß Änderungsliste 1 für den Brandschutz 50.000,00 € eingestellt werden. Zudem werde bei der Hst. 3651.3620 ein Zuschuss des Bezirkes in Höhe von 10.000,00 € eingestellt.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert

E. Einzelplan 4

a) 4603.9583 – Neuanlage Bolzplatz Hoheim

Die UsW beantragt in Hoheim die Neuanlage eines Bolzplatzes, da sie dort einen dringenden Bedarf sehen.

Stadtrat Schmidt ergänzt, dass der Sportverein Hoheim bereit sei, eine Fläche unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

**Mit 23 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, im Jahr 2006 bei der Hst. 4603.9583 – Neuanlage Bolzplatz Hoheim - einen Betrag von 5.000,00 € einzustellen.

b) 4605.9589 – Kinderspielplatz Etwashausen

Die UsW-Fraktion beantragt, die Neuanlage des Spielplatzes Etwashausen vom Finanzplanungsrest auf die Jahre 2006/2007 vorzuziehen und durch den Bauhof durchführen zu lassen. Zudem bitten sie um Prüfung, ob die Finanzierung im Rahmen der Kleinen Gartenschau bzw. der Dorferneuerung Etwashausen erfolgen könne.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert, dass bisher die Summe von 36.000,00 € im Finanzplanungsrest enthalten sei, wo diese seiner Auffassung nach auch bleiben sollte. Maßnahmen des Bauhofs seien grundsätzlich nicht zuschussfähig. Er favorisiere, die Neuanlage des Spielplatzes im Wettbewerb der Kleinen Gartenschau mit einfließen zu lassen, um im Zuge dessen Zuschüsse aus Gartenschäumitteln zu bekommen.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz bleibt weiterhin im Finanzplanungsrest.

c) 4608.9350 – Kinderspielplätze allgemein, Ersatz Geräte Gessert, Ersatz von Spielgeräten pauschal

Stadtrat Heisel fragt nach, ob eine Ersatz der Spielgeräte am Gessert dringend notwendig sei.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes, laut der die Geräte teilweise 15 Jahre alt seien und erneuert werden müssen.

Stadtrat Konrad bittet hinsichtlich der Spielgeräte umzudenken und verweist auf ein Angebot einer Firma, die sog. „3. Generationen-Spielgeräte“ anbietet.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Die Ansätze bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert

**Oberbürgermeister Moser unterbricht die öffentliche Sitzung von 18.55 bis 19.05 Uhr.**

F. Einzelplan 5

a) 5603.9350 – Schriftzug Florian-Geyer-Halle

Die KIK beantrag einen Namensschriftzug an der Florian-Geyer-Halle, damit diese leichter gefunden werden könne.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass der Bauhof einen Schriftzug als aufgemalte Buchstaben erstellen könne. Die Kosten von 500,00 € seien im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen.

Stadtrat May bittet, dies ebenso bei der Sickergrundhalle durchzuführen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

b) 5821.9357 – Beschaffung eines Friedhofbaggers/Teilprivatisierung

Die UsW bittet um Prüfung, ob eine Privatisierung des Friedhofes zur Kosteneinsparung führe. Zudem bittet sie eine Teilprivatisierung anstelle der Anschaffung eines Friedhofsbaggers bzw. weiterer Transportfahrzeuge zu überprüfen.

Die FBW möchte die Notwendigkeit der Neuanschaffung überprüft wissen. Des Weiteren sollen Verhandlungen geführt werden, inwieweit die Bestattungsunternehmen diese Aufgabe verrichten könnten.

Die CSU fordert ebenfalls eine Überprüfung der Notwendigkeit der Beschaffung des Friedhofsbaggers.

Stadtrat Schmidt nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis, bittet aber hierüber nochmals bei den Stellenplanberatungen zu diskutieren. Seiner Auffassung nach sei es nicht sinnvoll, einen Bagger zu beschaffen, wenn trotzdem die Möglichkeit der Privatisierung bestehe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass laut der Stellungnahme der Stadtgärtnerei der Bagger derartige Schäden aufweise, dass eine Neubeschaffung dringend notwendig sei.

Stadtrat Weiglein bittet um Prüfung, ob die Möglichkeit bestehe, einen Friedhofsbagger aus einem Insolvenzgut zu beschaffen.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, diesem Punkt nochmals beim den Stellenplanberatungen aufzugreifen. Zudem sagt er zu, die Möglichkeit der Beschaffung aus einem Insolvenzgut zu prüfen.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz bleibt unverändert.

c) 5900.9300 – Kleine Landesgartenschau, Stammkapital für Gesellschaftsgründung  
5900.9581 – Kleine Landesgartenschau allgemein

Die KIK bittet, das Stammkapital zur Gründung der Kleinen Gartenschau (Hst. 5900.9300) einzustellen.

Die FBW möchte die einzelnen Ansätze (Hst.5900.9581) erklärt wissen.

Gemäß Änderungsliste 1 ist der Betrag von 15.000,00 € für das Jahr 2006 bei der Haushaltsstelle 5900.9300 eingestellt (für Stammkapital der Stadt).

Der Ansatz bei der Haushaltsstelle 5900.9581 ergebe sich für das Jahr 2006 aus dem Wettbewerb (65.000,00 €) sowie einem Pauschalansatz. Die Ansätze für das Jahr 2007 mit Folgejahren seien bestimmt für die Entwurfsplanung, die Umsetzungsplanung sowie die Ausschreibung. Ab 2010 ff seien die eigentlichen Baukosten enthalten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert

G. Einzelplan 6

a) UA 6101 – Ortsplanung

Die FBW bittet hinsichtlich des Themas Mobilfunk, für das zu erstellende Konzept sowie für mögliche Zuschüsse entsprechende Mittel einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass diese Mittel (21.000,00 €) bei der Hst. 6101.6551 eingestellt werden. Mögliche Zuschüsse (90 % der förderfähigen Kosten) seien bei der Hst. 6101.1710 einzustellen. Beides sei in der 1. Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt berücksichtigt.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

b) 6101.9350 – GIS-System, Digitale Flurkarten

Die UsW fragt nach unter welcher Position die notwendigen Summen für das GIS-System enthalten seien. Des weiteren möchte sie wissen, wie sich die Verwaltung die Bearbeitung von GIS in personaltechnischer Hinsicht vorstelle.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass die Kosten für die Kanalfachschiene in Höhe von 90.000,00 € bei der Hst. 7000.9350 einzustellen seien (Änderungsliste 1) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auf die Frage hinsichtlich des Personals antwortet Berufsmäßiger Stadtrat Groß, dass sich derzeit daraus keine Mehrung ergeben werde.

c) 6151.3450 – Dachsanierung Ritterstraße

Die KIK fragt nach dem derzeitigen Stand der Dachsanierung Ritterstraße 20 durch den Investor.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass dem Investor gemäß Stadtratsbeschluss eine 3-Jahres-Frist (bis absehbar 2007) eingeräumt wurde, wird zur Kenntnis genommen.

d) 6309.9501 – Bau der Nordtangente

Die FBW möchte den Kreisverkehr an der Wilhelmshöhe noch einmal ernsthaft überprüfen wissen.

Oberbürgermeister Moser macht darauf aufmerksam, dass dies eine Änderung im Verfahren bedeute und einen neuen Planfeststellungsbeschluss inklusive Planfeststellungsverfahren nach sich ziehe, was eine Verzögerung von 2 Jahren bedeuten würde. Zudem weist er darauf hin, dass sich dann auch die Zuschusssituation verschlechtern könnte.

Nach einer ausgiebigen Diskussion aller Stadtratsmitglieder sagt Oberbürgermeister Moser zu, den Kreisverkehr im Rahmen einer am Dienstag, 21.02.2006 stattfindenden Besprechung bei der Regierung von Unterfranken anzusprechen und über die Möglichkeit zu berichten.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Ansätze werden zur Kenntnis genommen.

e) 6300.9423 – Errichtung Busbahnhof sowie Umgestaltung Bahnhofplatz

Stadträtin Schmidt möchte aufgrund der im Finanzplanungsrest befindlichen Mittel wissen, wann hinsichtlich der Errichtung eines Busbahnhofs bzw. der Umgestaltung des Bahnhofplatzes etwas geschehe.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass nach Scheitern des Gesamtkonzeptes die Verwaltung nochmals hinsichtlich der erworbenen südlichen Flächen sowie des Bahnhofplatzes auf den Stadtrat zugehen werde.

Stadtrat Straßberger ist der Auffassung, dass die Planung für den Bahnhofsvorplatz sowie des Busbahnhofs gemeinsam durchgeführt werden sollte. Hinsichtlich der Ausführung plädiert er, dass im Hinblick zu Natur in der Stadt 2011 der Bahnhofsvorplatz vorrangig umgesetzt werde.

Stadtrat Heisel sieht einen Zusammenhang bei der Realisierung des Bahnhofsvorplatzes sowie der Friedrich-Ebert-Straße und ist der Auffassung, dass diese Maßnahmen bis 2011 umgesetzt werden sollten.

f) 6322.9502 – Deustergelände, Straßenerschließung

6322.9503 – Deustergelände, Lärmschutz

6322.9580 – Deustergelände, weitere Erschließungskosten

7101.9501 – Deustergelände, Kanalerschließung

Die KIK beantragt die Verschiebung der Maßnahme „Deustergelände“ in das Jahr 2007.

Die CSU fordert die Vermarktung der Gesamtfläche auf dem freien Markt, wodurch die Erschließungskosten entfallen könnten.

Stadtrat Weiglein hält hinsichtlich der reinen Vermarktung die Frist zum 31.12.2006 für sinnvoll. Finde man bis dato keinen Investor, könne das Bauamt mit der Planung und Erschließung beginnen und die Einmalvermarktung fortsetzen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt fest, dass somit alle Ansätze, die bislang für das Jahr 2006 (6322.9502: 80.000,00 €, 6322.9580: 50.000,00) hinsichtlich des Deustergeländes eingestellt seien, in das Jahr 2007 zu verschieben wären. Dies gelte auch für die Kanalmaßnahme bei Hst. 7101.9501 (210.000,00 €). Seiner Auffassung nach, könnten die Verkaufserlöse jedoch im Jahr 2008 stehen bleiben und vermutlich auch die Straßenerschließungsbeiträge im Jahre 2007.

**Mit 22 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, die Ansätze der Hst. 6322.9502 (80.000,00 €) und der Hst. 6322.9580 (50.000,00 €) in das Jahr 2007 zu verschieben. Des weiteren besteht Einverständnis, die Ansätze der Kanalmaßnahme bei Hst. 7101.9501 (210.000,00 €) in das Jahr 2007 zu setzen. Ob die Einnahmen aus Straßenerschließungsbeiträgen (Hst. 6322.3521) im Jahre 2007 verbleiben können, wird noch geprüft.

g) 6332.9580 – Bodenaustausch Gewerbegebiet Schutzhafen

Die UsW fragt nach, ob hierbei auch die Forderung der Firma berücksichtigt wurde.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und stellt fest, dass – vorausgesetzt die Stadt sei zahlungspflichtig – dies im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe geschehen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

h) Grundstück Repperndorfer Siedlung

Stadtrat Konrad fragt hinsichtlich des „Kooperationsmodells Bayerischer Gemeindegtag – Sanierung Kommunaler Altdeponien“ nach, inwieweit dies im Haushalt berücksichtigt werde.

Amtsärztin Erdel weist darauf hin, dass dies im Verwaltungshaushalt bereits berücksichtigt wurde (Hst. 7210.6498).

i) 6370.9581 – Dorferneuerung Etwashausen

Die UsW fragt nach, ob die Anliegerbeiträge mit den Anliegern abgeklärt seien. Stadtrat May ergänzt, dass den Anliegern die erhöhten Beiträge nicht mitgeteilt worden seien.

Nach Auffassung der KIK seien die Anliegerbeiträge zu hoch angesetzt. Die Beschlusslage sah lediglich 330.000,00 € vor.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass sich die Anteile pro m<sup>2</sup> – laut der ersten Information und der neuen Berechnung – der Anlieger nicht verändert habe. Im übrigen verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Straßberger fragt nach, ob die Fahrbahnabsenkung (ca. 30 cm) in der Mainbernheimer Straße so weitergemacht werde und spricht in diesem Zusammenhang die Probleme mit Hochwasser an.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß könne hierzu keine Auskunft geben, wird dies aber abklären und nochmals berichten.

Die Ansätze bleiben unverändert.

j) 6370.9582 – Dorferneuerung Repperndorf

Die FBW-Fraktion fordert, den Haushaltsausgaberest in Höhe von 100.000,00 € je zur Hälfte in 2006 und 2007 einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass der Haushaltsausgaberest entsprechend der Haushaltssystematik flexibel zur Verfügung stehe. Im Falle, der Rest werde nicht gebraucht, müsse er in Abgang gestellt werden und kommt dem veranschlagten Haushaltsjahr 2005 zugute.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

In diesem Zusammenhang fragt Stadträtin Richter nach, ob die Antwort des Amts für ländliche Entwicklung hinsichtlich des Kriegerdenkmals bereit eingegangen sei. Berufsmäßiger Stadtrat Groß verneint dies und sagt eine entsprechende Information zu.

k) 6402.9505 – Straßensanierung Friedrich-Ebert-Straße

Die KIK fragt nach der Notwendigkeit der Straßensanierung in 2006 und die FBW fordert einen Bauzeitenplan bzw. eine Konzept zur Sanierung der Friedrich-Ebert-Straße.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass gemäß Änderungsliste 1 alle Ansätze aus dem Jahr 2006 (100.000,00 €) auf das Jahr 2007 und alle Ansätze aus dem Jahr 2007 (680.000,00 €) auf das Jahr 2008 verschoben wurden.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

l) 6481.9501 – Erneuerung der Rödelbachbrücke

Die KIK möchte die Erneuerung der Rödelbachbrücke verschoben haben. Die FBW stellt fest, dass gemäß Beschluss vom 17.05.2004 lediglich Kosten von 90.000,00 € einzustellen seien.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Dringlichkeit gemäß Stellungnahme des Stadtbauamtes weiterhin bestehe. Hinsichtlich der Kostenschätzung von 100.000,00 € entgegen der im Jahr 2004 beschlossenen 90.000,00 € weist Berufsmäßiger Stadtrat Groß darauf hin, dass dies aufgrund des Wasserrechtsverfahren und der Marktpreiserhöhung notwendig wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

m) 6481.9504 – Sanierung Fußgängerbrücke Freibad

Nach Auffassung der FBW-Fraktion müsse die Fußgängerbrücke zum Freibad ebenfalls zur Stadtbetriebe GmbH gehören.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt fest, dass die Brücke nicht im Übergabevertrag aufgeführt und daher nach wie vor die Stadt Kitzingen für den Unterhalt und die Sanierung zuständig sei. Der Übergang an die Stadtbetriebe GmbH bedürfe einen Beschluss des Aufsichtsrates.

Stadträtin Wallrapp stellt daraufhin den Antrag, dass die Stadt Kitzingen an die Stadtbetriebe GmbH einen Antrag stellt, dass diese die Brücke im jetzigen Zustand übernimmt und anschließend für den Unterhalt und die Sanierung zuständig ist.

Stadtrat Heisel erscheint es mit dem Übergang etwas zu schnell und gibt zu Bedenken, dass durch den Übergang auch Kosten verbunden sind, die den Gewinn der Stadtbetriebe schmälern.

Oberbürgermeister Moser schlägt darauf hin vor, zunächst zu prüfen inwieweit der Übergang auf die Stadtbetriebe GmbH möglich sei und welche Auswirkungen damit verbunden seien.

**Mit 20 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, eine Prüfung dahingehend durchzuführen, inwieweit die Möglichkeit des Eigentumsübergangs der Fußgängerbrücke von der Stadt Kitzingen

auf die Stadtbetriebe GmbH bestehe und welche Auswirkungen damit verbunden seien. Vom Ergebnis ist dem Stadtrat zu berichten.

Der Ansatz bleibt unverändert bestehen.

n) 6801.9401 – Errichtung weiterer Fahrradtresore

Die UsW möchte hinsichtlich der Errichtung weitere Fahrradtresore (Ansatz 2007: 10.000,00 €) wissen, wie hoch die Auslastung bei den Bestehenden sei. Die FBW möchte die Annahme, die Auslastung sowie die Einnahmen der Gepäcktresore erläutert wissen.

Im Jahr 2005 wurden Gebühren von 167,00 € (bei 1,00 € bzw. 0,50 € je Benutzung) eingenommen. Es werde jedoch nicht wie vorhanden eine Depotanlage für Radlergepäck sondern eine Anlage zum Abstellen von Fahrrädern erstellt werden. Stadtrat Schmidt fordert, sich bei der Umsetzung gezielt über die Standorte – auch im Hinblick auf Natur in der Stadt 2011 - Gedanken zu machen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

o) 6905.9501 – Hochwasserfreilegung am Eherieder Bach

Die KIK fragt nach, ob die erhöhten Kosten bei der Hochwasserfreilegung mit dem Bypass zusammenhängen?

Die Hochwasserfreilegung beschränke sich ausdrücklich auf den Bau des Bypasses, und somit ergebe sich hierdurch keine Kostenmehrung. Aufgrund schnellerem Baufortschrittes musste im Jahr 2005 eine Haushaltüberschreitung in Höhe von 109.700,00 € genehmigt werden, wobei aber beim Ansatz für das Jahr 2006 eine entsprechende Kürzung erfolgte.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 6 bleiben unverändert.

H. Einzelplan 7

a) 7000.9501 – Sanierung Zulaufkanal Pumpwerk Etwashausen

Die KIK möchte wissen, wann und wie die Sanierung durchgeführt werde und ob es weitere Alternativen - beispielsweise zur Kosteneinsparung - gebe.

Gemäß Finanzausschussbeschluss (15.09.2005) seien die erforderlichen Mittel von 120.000,00 € in den Haushaltsplan 2006 einzustellen. Die vorgesehene Muffensanierung sei die billigste technische Alternative. Da die Sanierung nur bei trockener Jahreszeit durchgeführt werden könne, sei die Durchführung im Sommer 2006 geplant.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

b) 7101.9501 – Kanalerschließung Deustergelände

Die KIK-Stadtratsgruppe fordert die Verschiebung der Kanalerschließung am Deustergelände.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass diese Maßnahme gemäß Beschluss unter Ziffer 2, Buchstabe G, f bereits in das Jahr 2007 verschoben wurde.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

c) 7102.9508 – Kanalauswechslung Repperndorfer Siedlung

Die KIK möchte die Kosten der Kanalauswechslung in der Repperndorfer Siedlung aufgelistet haben.

Der Gesamtansatz betrage 190.000,00 €, welcher aber nach Überprüfung der Schlussrechnung noch berichtigt werden könnte. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kanalauswechslung auch ohne der Vermarktung des Geländes notwendig gewesen wäre.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

d) 7104.9504 – Anschluss Regenwasserkanal Westtangente

Die KIK möchte wissen, wo an der Westtangente ein Regenwasserkanal angeschlossen werde.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass der Regenwasserkanal im Bereich Westtangente vom Mischwasserkanal Äußere Sulzfelder Straße abgeklemmt und an den Regenwasserkanal der Larson-Barracks angeschlossen werden müsse, wird zur Kenntnis genommen.

Der Ansatz bleibt unverändert.

e) 7104.9505 – Kanalauswechslung Thomas-Ehemann-Straße

Die UsW beantragt die Verschiebung der Maßnahme in der Thomas-Ehemann-Straße bis die Sanierung des Armin-Knab-Gymnasiums abgeschlossen sei.

**Ohne Abstimmung**

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz von 400.000,00 € von 2007 auf das Jahr 2008 zu verschieben, so dass die Gesamtkosten von 520.000,00 € im Jahr 2008 eingestellt werden.

f) 7104.9507 – Kanalerneuerung Friedrich-Ebert-Straße

Die KIK fragt nach der Dringlichkeit und fordert die Verschiebung der Maßnahme an der Friedrich-Ebert-Straße.

Die CSU fordert die Ansätze auf das jeweils nächstfolgende Haushaltsjahr zu verschieben.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass gemäß Änderungsliste 1 der Ansatz von 185.000,00 € im Jahr 2006 auf die Jahre 2007 (85.000,00 €) und 2008 (100.000,00 €) verschoben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

g) 7105.9504 – Erneuerung Kanal Balthasar-Neumann-Straße

Die KIK erbitet eine Gesamtkostenaufstellung zur Erneuerung des Kanals in der Balthasar-Neumann-Straße.

Die Gesamtkosten werden auf 155.000,00 € (Haushaltsausgabereinst) geschätzt. Zudem wird die Stellungnahme des Bauamtes wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass nur rund 80.000,00 € benötigt werden.

h) 7108.9504 – Auswechslung Auslaufkanal RÜB 202 (Würzburger Tor)

Die FBW möchte wissen, wann die Ausführung am Regelüberlaufbecken Würzburger Tor geplant sei und fragt nach, inwieweit die Möglichkeit bestehe, die eingestellten Kosten aufzuteilen bzw. zu verschieben.

Die Maßnahme RÜB Würzburger Tor ist bereits in vollem Gange, so dass eine Aufteilung der Mittel nicht möglich sei. Die eingestellten Mittel im Jahr 2006 von 110.000,00 € werden auch im Jahr 2006 benötigt.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

i) 7127.9501 – Regenüberlaufbecken 260, Hohenfeld Süd

Die UsW möchte die Dringlichkeit und die Notwendigkeit des RÜB 260 geprüft wissen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass bei einer positiven Kanalnetz-Überrechnung, die in 2007 veranschlagten Mittel von 185.000,00 € evtl. entfallen können und gemäß Änderungsliste 1 in den Finanzplanungsrest verschoben werden.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

j) 7127.9507 – Aus- und Ablaufkanal RÜB 260, Hohenfeld Süd

Die UsW möchte die Dringlichkeit und die Notwendigkeit des Aus- und Ablaufkanals RÜB 260 überprüft wissen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Mittel von 100.000,00 € (2007) bei einer positiven Kanalnetz-Überrechnung ebenso entfallen können und deshalb in den Finanzplanungsrest (Änderungsliste 1) verschoben werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

k) 7181.9352 – Kläranlage, Neue EDV-Steuerung (Ersatz)

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist auf die Änderungsliste 1 hin, laut der bei der Hst. 7181.9352 für das Jahr 2006 der Ansatz von 30.000,00 € auf 60.000,00 € erhöht werde. Dies liege an der dringend notwendigen Ersatzbeschaffung der EDV-Steuerung in der Kläranlage.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

l) 7181.9680 – Kläranlage, Betriebstechnische Anlagen

Die CSU fragt nach den konkreten Aufwendungen für den Betrieb der Kläranlage.

Die einzelnen Beträge seien im Investitionsprogramm näher erläutert und nach Ansicht des Stadtbauamtes unabweisbar nötig.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

m) 7191.9350 – Öffentliche Toiletten, Ersatz für WC-Wagen am Bleichwasen

Die KIK bittet eine anderweitige Nutzung bzw. die Möglichkeit der Veräußerung des alten WC-Wagens zu prüfen.

Die Stellungnahme des Staubauamtes wird zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Lux bittet, sich in der Ausschreibung für die Sanitäreinrichtungen auch Edelstahl als Alternative anbieten zu lassen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt dies zu.

n) 7511.3451 – Alte Friedhöfe, Verkauf von Urnenplatten

Die FBW fordert, dass der Deckungsgrad für Friedhöfe unbedingt bei 85 % gehalten werden müsse und bittet um Überprüfung der Kosten.

Die Investitions-Ausgaben des Vermögenshaushalt fließen über die kalkulatorischen Kosten in die Gebührenkalkulation mit ein. Die laufenden Ausgaben und Einnahmen für das Bestattungswesen liegen jedoch im Bereich des Verwaltungshaushaltes.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

o) 7512.9401 – Neuer Friedhof (Friedwald)

Die FBW bittet hinsichtlich einer möglichen Umsetzung des Friedwaldes mit der Stadt Würzburg sowie dem Schwanberg Kontakt aufzunehmen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, laut der dieses Thema bereits im Jahr 2005 beraten und mehrheitlich abgelehnt worden sei. Er ergänzt, dass durch die Schaffung eines externen Friedwaldes die Einnahmen der Städtischen Friedhöfe zurückgehen, aber die Fixkosten für das Bestattungswesen trotzdem vorhanden seien.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass eine kurzfristige Umsetzung eines Friedwaldes aufgrund der Gesetzeslage nicht möglich sei.

Stadtrat Konrad erinnert an einen früheren Antrag der KIK, laut dem im Neuen Friedhof die Bäume als „Friedwald“ genutzt werden könnten.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt zu Bedenken, dass bei dieser Vorgehensweise trotzdem die Gesetzesänderung abgewartet werden müsste.

Die Friedhofsverwaltung werde die Angelegenheit im Auge behalten.

p) 7512.9402 – Neuer Friedhof, Behindertenfreundliches WC

Auf Anfrage der KIK erläutert das Stadtbauamt, es bestehe die Möglichkeit, WC Kabinen in eine „Behinderten-WC“ umzubauen. Die Mittel hierfür würden sich auf 15.000,00 € belaufen.

Die wird wohlwollend zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt bestehen.

q) 7621.9401 – Stadthalle, Interessenbekundungsverfahren

Die UsW fordert nähere Informationen zum Sachstand hinsichtlich des Interessebekundungsverfahrens zum Bau der Stadthalle.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, es gebe derzeit keine Veränderung beim Sachstand, dass die Verwaltung laut Beschlusslage kein Interessebekundungsverfahren durchführen solle. Er ergänzt, dass nach Auffassung des Verwaltung nach Abzug der US-Streitkräfte ein Interessebekundungsverfahren im Parallelverfahren ablaufen könne. Der positive Vorbescheid (Standort am Main) gehe noch bis Mitte 2007, welcher aber ohne Weiteres verlängert werden könnte.

Stadtrat Schmidt bittet um einen schriftlichen Bericht hinsichtlich des Interessebekundungsverfahrens. Darin solle auch eine rechtliche Stellungnahme hinsichtlich des Vertrages – was wurde geleistet? Was könnte auf die Stadt Kitzingen zu kommen? – enthalten sein.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

r) 7690.9350 – Provisorisches Bürgerzentrum , Einbau einer gespendeten Küche

Die UsW-Fraktion bittet um Aufklärung über die bereitgestellten Mittel für den Einbau der gespendeten Küche in das prov. Bürgerzentrum (4.500,00 €).

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung sowie das Schreiben des Vereins Bürgerzentrum e. V.

Stadträtin Richter möchte wissen, weshalb eine derartige Küche im Bürgerzentrum benötigt werde und für welche Veranstaltungen – auch für die breite Öffentlichkeit – das Bürgerzentrum genutzt werden könnte.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, dies abzuklären und bekannt zugeben.

Amtsrat Hartner ergänzt, dass die Verantwortliche des Bürgerzentrums eine offizielle Einweihung noch vor der Sommerpause durchführen möchte.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

s) 7692.9631 – Erneuerung Beleuchtung Rathaushalle

Die UsW möchte die Erneuerung der Beleuchtung in der Rathaushalle ersatzlos gestrichen haben.

Die KIK fragt nach, ob die Erneuerung der Beleuchtung dringlich sei und ob, dies aufgrund des Energiesparprogramms gemacht werden müsse.

Die CSU möchte die einzelnen Aufwendungen für Beleuchtung erläutert wissen.

Dipl. – Ing. Rützel weist darauf hin, dass die Erneuerung der Beleuchtung aufgrund eines neuen Angebotes auch für 10.000,00 € durchzuführen sei.

**Mit 21 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz bei Hst. 7692.9631 im Jahr 2006 von 18.000,00 € auf 10.000,00 € zu reduzieren.

t) 7711.9357 – Fahrzeuge Bauhof, Ersatzbeschaffung

Die KIK möchte Auskunft über die Ersatzbeschaffungen der Fahrzeuge für den Bauhof erklärt haben und fragt nach, inwieweit der Erwerb erdgasbetriebener Fahrzeuge berücksichtigt werde.

Es handle sich zum Einen um den Ersatz des Heckladebaggers (BJ 1994) in 2007, da die Reparatur nicht mehr wirtschaftlich und die Anmietung unwirtschaftlich sei.

Zum Anderen handle es sich um den Ersatz des Fahrzeuges für die Straßenreinigung (BJ 1991) zum Entleeren der Abfallkörbe/Containerstellplätze, bei dem die Reparatur ebenfalls unwirtschaftlich sei. Der Erwerb von gasbetriebenen Fahrzeugen werde bei jeder Anschaffung geprüft.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

u) 7711.9600 – Photovoltaikanlage Bauhof

Die UsW forderte eine Aufklärung hinsichtlich der Restkosten in 2006 für die Photovoltaikanlage am Städt. Bauhof.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Bauverwaltungskosten von ca. 6.000,00 € noch auf das Jahr 2005 als Abschlussbuchung (Innere Verrechnung) angeordnet werden. Eine Streichung der Mittel in Höhe von 10.000,00 € für das Jahr 2006 ist deshalb möglich und erfolgt über die Änderungsliste.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

v) 7911.9590 – Konversionsgutachten Truppenabzug

UsW fragt nach, welche Kosten neben dem Konversionsgutachten bereits bekannt seien oder ob es sich hierbei um Pauschalansätze handle.

Die FBW möchte ebenfalls die eingestellten Beträge erläutern und fordert zudem ständig aktuelle Berichte.

Für die Jahre 2006 und 2007 handelt es sich jeweils um den Ansatz für den Auftrag von Drees & Sommer mit 116.610,74 €, ansonsten um Pauschalansätze.

Ab dem Jahr 2008 sind bislang lediglich Pauschalansätze eingestellt.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer ergänzt, dass aufgrund des vorgesehenen Messeauftritts bei der EXPO-REAL für das Jahr 2006 zusätzlich 25.000,00 € eingestellt werden müssen (Änderungsliste 1). Hierfür werden zusätzlich 12.500,00 € (Hst.7911.3610) an Zuschüssen erwartet und eingestellt. Damit besteht Einverständnis.

Stadtrat Schmidt fragt nach, ob daran gedacht wurde, weitere Kosten beispielsweise für Kanal- bzw. Straßenmaßnahmen, die im Rahmen der Konversion anfallen, in den Haushalts einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass dies noch nicht geschehen sei und dann beim jeweiligen Bereich (Kanal, Straßen) eingestellt werden müsse. Da die Ergebnisse hierzu erst im Herbst vorliegen werden, betrifft diese Einstellung seiner Meinung nach den Haushalt 2006 noch nicht. Bei den Haushaltsberatungen 2007 sei dies ggf. aufzugreifen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

I. Einzelplan 8

a) 8891.9580 – Sanierung Solebrunnen

Die UsW und die KIK möchten wissen, ob eine Sanierung erfolgen solle oder, ob ein neuer Brunnen niedergebracht werde. Zudem möchte die UsW wissen, ob die Standortfrage geklärt sei.

Die CSU stellt fest, dass ein Standort in der Nähe des Solehallenbades gefunden werden solle und, dass der Brunnen am Reupelshof mit einfachsten Mitteln zu schließen sei.

Oberbürgermeister Moser weist hinsichtlich der Verursacher bzw. Schuldfrage daraufhin, dass man einen Antrag auf Amtsermittlungsverfahren beim Landratsamt gestellt habe.

Hinsichtlich des weiteren Vorgehens ergänzt Berufsmäßiger Stadtrat Groß, dass in einer Besprechung am 07.03.2006 mit Herrn Dr. Kellerbauer über einen neuen Standort – in der Nähe des Hallenbades liegend – gesprochen werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt vor, die Mittel von 305.000,00 € im Jahr 2006, die für die Stilllegung und die Neubohrung angesetzt seien, auf die nötigen Mittel für die Neubohrung (150.000,00 €) zu reduzieren und die Kosten für die evtl. Sanierung (derzeit 155.000,00 €) in den Finanzplanungsrest zu stellen.

Hiermit besteht Einverständnis.

**Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.55 Uhr.**

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführer  
gez.  
Müller